



Auszug aus der Niederschrift
über die
Sitzung des Rates
vom **24.04.2024**
- Öffentlicher Teil -

Tagesordnungspunkt:

16. Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen an Flüchtlinge 0226/2024/AFD

Ratsherr Weiß (AfD) führt aus, dass die Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen an Flüchtlinge in der bundesweiten politischen Diskussion an Dynamik gewonnen habe, da immer mehr Kommunen mit den Folgen der Masseneinwanderung überfordert seien. Andere Länder hätten schon früher reagiert und verfügten bereits über dieses Instrumentarium zur Verhinderung des Missbrauchs von Leistungen. Im Übrigen seien Grenzkontrollen das wirksamste Mittel, um die Einwanderung zu begrenzen.

Stadtdirektor Renzel berichtet über den aktuellen Sachstand auf der bundespolitischen Ebene zur Einführung der Bezahlkarte für Leistungen an Flüchtlinge. Sowohl der Deutsche Städtetag als auch der Städtetag NRW hätten bereits deutlich gemacht, dass nur eine einheitliche Regelung für alle Kommunen und kein sogenannter „Flickenteppich“ zielführend sei.

Für **Ratsherrn Hemsteeg** (EBB-FW) ist es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und die Bezahlkarte endlich auf den Weg zu bringen.

Der Rat der Stadt lehnt mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der EBB-FW-Fraktion und des fraktionslosen Ratsmitglieds Poußet bei Stimmenthaltung der Gruppe Tierschutz den Antrag 0226/2024 der AfD-Fraktion ab.

Für die Richtigkeit:
gez. Filip